Österreich weiterbringen

Offensivmaßnahmen

Regierungsklausur April 2012

Offensivmaßnahmen

Bildung

Ausbau Ganztägiger Schulformen

Ganztägige Schulangebote leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit und erleichtern Eltern mit schulpflichtigen Kindern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Schuljahr 2011/12 werden bereits 109.000 Plätze angeboten. Das sind um ca. 5.200 Plätze mehr als im Jahr davor. In zumindest einer Schule pro Bezirk wird schulische Tagesbetreuung angeboten. Bis 2015 werden um insgesamt 320 Millionen Euro aus Offensivmitteln die derzeit bestehenden 109.000 Plätze auf 160.000 für die schulische Tagesbetreuung ausgeweitet. Inklusive der Hortplätze werden dann über 210.000 Plätze zur Verfügung stehen, was eine Verdoppelung des Angebots gegenüber dem Jahr 2010 darstellt.

Neue Mittelschule

Mit der Neuen Mittelschule (NMS) wurde **erstmals seit 50 Jahren in Österreich ein neuer Schultyp flächendeckend ins Regelschulwesen** übernommen. Die Neue Mittelschule ist eine Leistungsschule auf der Sekundarstufe I mit einer neuen Lernkultur. Kernpunkte sind die **individuelle Förderung,** die **Kompetenzentwicklung,** eine **neue Schulkultur,** das **Teamteaching,** die **Öffnung der Schule** nach außen und eine **fundierte Berufsberatung.** Im Schuljahr 2012/13 **werden 698 Standorte mit 4.270 Klassen und über 88.000 Schülerinnen und Schülern** als Neue Mittelschulen geführt. Bis zum Schuljahr 2015/16 werden alle ersten Klassen an Hauptschulen umgestellt. Der vollständige Ausbau wird im Schuljahr 2018/19 erreicht. Damit werden rund 230 Mio. Euro zusätzlich in das Bildungssystem investiert, von denen rund 220.000 Schülerinnen und Schüler profitieren werden. Im Vollausbau wird es österreichweit insgesamt etwa 1180 Neue Mittelschulen geben. AHS-Unterstufen haben die Möglichkeit, sich in einem Schulversuch zu beteiligen.

Bildungsstandards

Mit den 2009 **gesetzlich verankerten Bildungsstandards in Deutsch, Mathematik und Englisch** kann eine langfristige pädagogische Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung an jeder einzelnen Schule in Österreich sichergestellt werden. In diesem Schuljahr (23. Mai 2012) findet in der 8. Schulstufe zum ersten Mal eine **Standardüberprüfung** in „Mathematik“ statt, 2012/13 in „Englisch“ und 2013/14 in „Deutsch“. Alle jeweils rund 84.000 Schülerinnen und Schüler in 4.071 Klassen an 1.415 Schulen machen mit. Für die 4. Schulstufe finden die Tests ab dem Schuljahr 2012/13 in „Mathematik“ und 2013/14 in „Deutsch, Lesen, Schreiben“ statt.

Offensivmaßnahmen

Bildung

Oberstufe Neu

Bei der Oberstufe NEU stehen **Individualisierung, Leistungsorientierung und gezielte Förderung** im Zentrum. Das **Modulsystem** der Oberstufe NEU geht auf die Interessen und Begabungen von Schülerinnen und Schülern ein, fördert ihre Selbstständigkeit und Eigenverantwortung und stellt Grundkompetenzen sicher. Derzeit wird an ca. 40 AHS- und BMHS-Standorten ein Modell der Oberstufe NEU erprobt. Ab dem Schuljahr 2013/14 werden die Schulen schrittweise auf das neue System umgestellt. Ab 2017/18 gilt das Modell Oberstufe NEU für rund 700 mittlere und höhere Schulen und damit für 180.000 Schülerinnen und Schüler ab der 10. Schulstufe.

Neue Reife- und Diplomprüfung

Mit der Einführung der **standardisierten, kompetenzorientierten Reifeprüfung** an AHS bzw. Reife- und Diplomprüfung an BHS werden **einheitliche Grundkompetenzen, gleiche Rahmenbedingungen** für alle Schülerinnen und Schüler sowie **Objektivierung** geschaffen. Dadurch werden Qualität und Fairness beim Schulabschluss garantiert. Das **3-Säulen-Modell** besteht aus der schriftlichen „vorwissenschaftliche Arbeit" (AHS) bzw. Diplomarbeit (BHS), den standardisierten schriftlichen Klausuren sowie den am Standort entwickelten mündlichen Prüfungen. 2013/14 wird es die neue Reifeprüfung an allen AHS geben, ein Jahr später, 2014/15, dann auch an allen BHS. So werden für alle ca. 45.000 Maturantinnen und Maturanten Qualitätsstandards gesetzt. Derzeit läuft die Informationsoffensive mit maßgeschneiderten Paketen für alle Schulstandorte.

Lehre mit Matura

Durch die Möglichkeit, **parallel zur Lehre kostenfrei die Berufsreifeprüfung** abzulegen, wird Lehrlingen eine weitere Zukunftsperspektive geboten und das duale Ausbildungssystem attraktiver. Waren es im Jahr 2008 noch 2.088 Teilnehmer/innen, so konnten mit November 2011 bereits über 9.000 Teilnehmer/innen, verteilt über das ganze Bundesgebiet, verzeichnet werden.

Nachholen von Bildungsabschlüssen

Mit dem **kostenfreien Nachholen von Bildungsabschlüssen** wurde ein wichtiges bildungspolitisches Signal für den Zugang bildungsferner Personen zu lebensbegleitendem Lernen gesetzt. Von 2012 bis 2014 wird es 12.400 Menschen ermöglicht, kostenfrei wieder ins Bildungssystem einzusteigen. Für das **Nachholen von Bildungsabschlüssen** stellen Bund und Länder gemeinsam 54,6 Mio. Euro zur

Verfügung. Insgesamt sollen **6.800 Personen Basisbildung** (Lesen, Schreiben, Teilkompetenzen) erwerben, **5.600 Personen** sollen einen **Pflichtschulabschluss** nachholen können.

Pädagog/innenbildung NEU

Das Projekt „Pädagog/innenbildung NEU“ ist ein wichtiges bildungspolitisches Regierungsprojekt, um die qualitativ hochwertige Ausbildung aller Pädagog/innen zu gewährleisten. Gemeinsam wurde von **BMUKK und BMWF** ein **Entwicklungsrat** eingerichtet, der die strukturelle, personelle und inhaltliche Weiterentwicklung der betroffenen Einrichtungen berät und begleitet. Dabei gilt es vor allem die jeweiligen Stärken zu fördern und gleichzeitig Synergien stärker heraus zu arbeiten. So wurden beispielsweise an den Pädagogischen Hochschulen Masterstudien für Individualisierung und Kompetenzorientierung, für Mentoring sowie für Schulmanagement eingerichtet. Gleichzeitig laufend intensive Vorbereitungen auf den Universitäten um die bestehenden Kooperationen und eigenen Potentiale zu vertiefen. Der Entwicklungsrat ist mit allen Partnern im guten Kontakt und Austausch.

Neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrende an PHs

Durch das neue Dienstrecht an den Pädagogischen Hochschulen wird der **Weiterentwicklung der PHs** Rechnung getragen.

Stärkung der Kulturvermittlung

Im Rahmen des Fokus Kulturvermittlung wurde der **„Freie Eintritt bis 19 Jahre in die Bundesmuseen“** mit begleitenden Vermittlungsprogrammen umgesetzt. Seit 1.1.2010 haben über 1,8 Mio. Kinder und Jugendliche kostenfrei die Bundesmuseen besucht. Die **bundesweite Theaterinitiative „Macht /schule/theater“**, bei der Theatereinrichtungen und Schulen gemeinsam Theaterstücke erarbeiten, stärkt – neben der Auseinandersetzung mit dem Thema „Gewalt“ – Selbstbewusstsein, Teamfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit. 1.500 mitwirkende Schülerinnen und Schüler und über 27.000 Besucher/innen unterstreichen den Erfolg dieser Initiative. Seit dem Schuljahr 2011/12 werden mit **„culture connected“ Kooperationsprojekte** von Schulen und Kultureinrichtungen zu allen Themen von Kunst und Kultur unterstützt.

Offensivmaßnahmen Wissenschaft und Forschung

Klares Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung

Die Bundesregierung hat mit dem Konsolidierungspaket ein **klares Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung** abgelegt und **investiert gezielt in diese Zukunftsbereiche.** Das ist in Zeiten wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen ein **bemerkenswertes und wichtiges Signal.**

Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche: Hochschul-Milliarde

Bei den Hochschulen wird der Budgetpfad wie geplant weitergeführt und es wird gezielt investiert: Die präsentierte „Hochschul-Milliarde" konnte im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen gesichert werden:

Damit stehen den Hochschulen zwischen 2013 und 2015 inklusive Offensivmittel 990 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung:

- **450 Millionen Euro** fließen nach klaren, leistungsorientierten Kriterien über den **Hochschulraum-Strukturfonds** in die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Hochschulplan – ein wichtiger Beitrag auf Basis von Effizienz und Leistung.

- **300 Millionen Euro** fließen in das **Globalbudget** der Unis.

- Weiters werden die in Loipersdorf beschlossenen **Offensivmittel fortgeführt:** Damit stehen den Hochschulen wie bisher zusätzliche Mittel in Höhe von **240 Millionen Euro** (jährlich 80 Millionen Euro) zugute.

- Von der Hochschul-Milliarde profitieren auch die **Fachhochschulen:** Die Plätze werden ausgebaut. Ab kommendem Wintersemester werden **jährlich 500 neue Studienplätze** finanziert. Somit stehen im Vollausbau rund 4.000 zusätzliche Studienplätze zur Verfügung, im Vollausbau wird es mehr als 40.000 Studierende im FH-Sektor geben. Damit werden wirtschaftsrelevanten Berufsfeldern und die **Ausbildung hochqualifizierte Fachkräfte** gestärkt.

Hinsichtlich des Hochschulplans werden die Arbeiten konsequent fortgesetzt, die Eckpunkte wurden bereits im Ministerrat verabschiedet. Der Hochschulplan enthält vier Bereiche (Großforschungsinfrastruktur/Internationales, Bauleitplan, Studienplatzfinanzierung und Koordinierungsmaßnahmen). Wie bereits bei der Regierungsklausur am Semmering beschlossen, wird das Teilprojekt der kapazitätsorientierten studierendenbezogenen Universitätsfinanzierung

Offensivmaßnahmen

Wissenschaft und Forschung

gemeinsam konsequent um- und fortgesetzt. Gemeinsames Ziel muss es sein, die Qualität an den Unis und FHs weiter zu heben – im Sinne der Studierenden, Lehrenden und Forschenden; zugunsten des Standortes Österreich; umdie Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

GEMEINSAM AN DIE EUROPÄISCHE INNOVATIONSSPITZE

Mit der **FTI-Strategie** (Beschluss der sechs involvierten Ressorts am 8. März 2011) hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, bis 2020 zur **europäischen Innovationsspitze** aufzuschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Exzellente Einrichtungen

Mit der FTI-Strategie wurde eine taugliche Grundlage geschaffen. Mit dem Forschungsflaggschiff Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW), dem Wissenschaftsfonds (FWF), dem Institute of Science and Technology Austria, und der Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) und anderen Einrichtungen gibt es **starke und wichtige Partner** für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Standortes. Österreich investiert 2012 gesamthaft rund 8,61 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung, davon leistet der Bund mit 2,87 Milliarden Euro einen beachtlichen Anteil und erreicht damit einen neuen Höchststand an Investitionen in die Forschung. Gegenüber dem letzten Jahr steigen damit die Forschungsausgaben des Bundes um 8,5 Prozent.

Europäischer Forschungsraum

Auch im europäischen Kontext spielen Wissenschaft und Forschung für Österreich eine wichtige Rolle. Durch die gemeinsamen Anstrengungen ist Österreich zum Netto-Empfänger geworden. Im siebten Forschungsrahmenprogramm haben wir **Rückflüsse in der Höhe von 128%** der eingesetzten Mittel lukriert.
Mit 68 eingeworbenen EU-Grants (Förderungen des Europäischen Forschungsrates an Nachwuchswissenschaftler und an bereits etablierte Forscher) in der Höhe von gesamt **77 Millionen Euro liegt Österreich im vorderen Drittel der EU.** Das ist ein klarer Exzellenz-Ausweis und zeigt, dass der heimische Wissenschafts- und Forschungsstandort wettbewerbsfähig und attraktiv ist.

Offensivmaßnahmen

Wissenschaft und Forschung

ISTA-Aufbau wird fortgesetzt

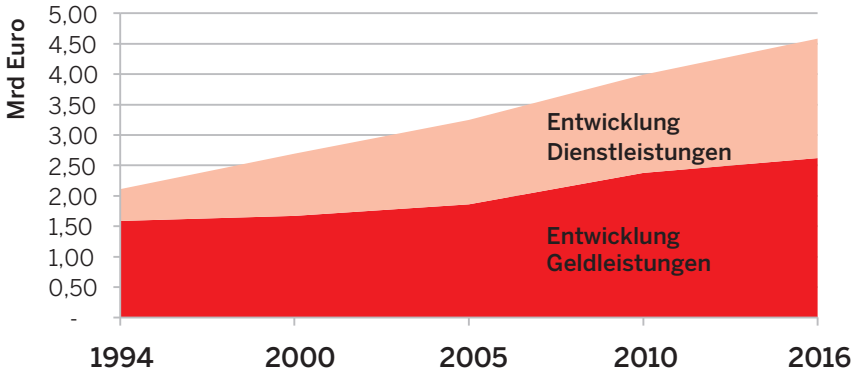
Bund und Land Niederösterreich setzten den **Auf- und Ausbau des Institute of Science and Technology Austria** entsprechend den Evaluierungsempfehlungen fort. Bis 2026 soll der Ausbau auf bis zu ungefähr 100 Forschergruppen vorangestrieben werden.

Offensivmaßnahmen

Pflege

Das österreichische Pflegesystem

Das österreichische Pflegesystem ist ein **Mischsystem aus Geld- und Sachleistungen.** Der Bund bezahlt das **Pflegegeld an die pflegebedürftige Person.** Damit können **Dienstleistungen** (von mobil bis stationär) zugekauft werden. Diese Dienste werden von Ländern und Gemeinden organisiert und aus deren **Sozialbudgets und dem Pflegefonds** mitfinanziert.
Mit der Schaffung des **Pflegegeldes** wurde 1994 die Summe **von 1,56 Milliarden Euro** für diese Geldleistung mit Rechtsanspruch ausgegeben. Mittlerweile ist aufgrund von Erhöhungen und demografischen Entwicklungen diese Summe **auf 2,4 Milliarden** Euro angestiegen.
Auch die **Sachleistungen** wurden seit 1993 kontinuierlich ausgebaut, **von rund 500 Millionen auf 1,6 Milliarden** Euro Jahresaufwand 2010.



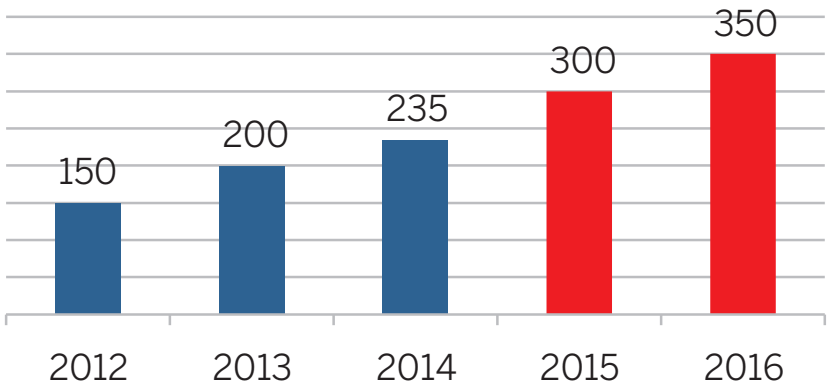
Das Pflegegeld bleibt. Wir bleiben **führend im OECD-Vergleich,** mit über 5% BezieherInnenanteil an der Bevölkerung, einem differenzierten 7-Stufen-System, praxisnaher **Einstufung durch Ärzte und Pflegepersonal** sowie laufender **Qualitätskontrolle durch Hausbesuche.**
Durch die Pflegegeldreform sind auch **Menschen mit Behinderung,** die ehemals Landespflegegeldempfänger waren, beim Bund. Damit gibt es für alle Menschen bundesweit **einheitliche Einstufungsrichtlinien** und **schnellere Verfahren** unter 60 Tagen, **schlanke Verwaltung,** gebündelt bei 7 Trägern.
Stärkere Nachfrage wird in **Zukunft bei den Pflege-Dienstleistungen** erwartet. Neben der **demografischen Entwicklung**, also der Alterung der Bevölkerung, durch die das Pflegegeld rund 2% jährlich ansteigt, wird durch die **sozio-strukturellen Veränderungen** in den Familien weniger Angehörigenpflege möglich und damit die **Nachfrage nach sozialen Diensten stärker ansteigen.** Deshalb haben wir den **Pflegefonds** geschaffen.

Offensivmaßnahmen

Pflege

Verlängerung Pflegefonds

Mit dem Konsolidierungspaket wurde die Verlängerung des Pflegefonds bis 2016 beschlossen. Das bedeutet **zusätzliche 650 Millionen Euro für Pflege** aufgeteilt auf die Jahre 2015 und 2016.
Der Pflegefonds wurde geschaffen, um die **jährlichen Steigerungen** bei Pflegedienstleistungen in den Länder- und Gemeindebudgets **abzudecken.**
Damit werden bestehende Leistungen gesichert und ein weiterer **Ausbau verschiedener Pflegeangebote** (mobile Dienste, Tageszentren, Pflegeheime, Case/Caremanagement) möglich.
Zu den 1.500 Millionen Euro, die bisher von Ländern und Gemeinden jährlich aufgewendet werden, werden jährlich steigende Beträge über den Pflegefonds **zusätzlich** für Pflegedienste gewidmet (in Millionen Euro):



Diese Steigerungsbeträge basieren auf einer wissenschaftlichen Erhebung gemeinsam mit den Ländern.

Für Pflegebedürftige

Die Flexibilität des Pflegefonds ermöglicht den Ländern, in jenen Bereichen auszubauen, wo **regional der stärkste Bedarf** gesehen wird. Die Sicherungs-, **Aus- und Aufbaupläne 2012 der Länder** bestätigen, dass der Pflegefonds den bedarfsgerechten **Ausbau von Pflegediensten finanzierbar** macht (Vergleich mit 2010):

- **Mobile Dienste:** Erhöhung der jährlichen Leistungsstunden um durchschnittlich **5,4%** (stärkster Ausbau in Vorarlberg mit 15,6%)

- **Pflegeheime:** Erhöhung der jährlichen Aufenthaltstage um durchschnittlich **12,2%** (stärkster Ausbau in Tirol mit 39,2%)

Offensivmaßnahmen

Pflege

- **Tageszentren:** Ausweitung der Besuchstage um durchschnittlich **21%** (stärkster Ausbau in Tirol mit 86,7%)

- **Kurzzeitpflege:** Erhöhung der jährlichen Aufenthaltstage um durchschnittlich **7,4%** (stärkster Ausbau in OÖ mit 125%)

- **Case- und Caremanagement:** Erhöhung der jährlichen Leistungsstunden um durchschnittlich **31,7%** (stärkster Ausbau durch erstmaligen Aufbau in Vorarlberg)

Für Beschäftigung

Die **Investition in Pflegedienste** hat eine enorme **Beschäftigungswirkung.** Der Pflegebereich als Teil der Care-Branche hat eine **hohe Personalintensität**. Mit den Mitteln aus dem Pflegefonds werden von 2012 bis 2016 rund **56.810 Arbeitsplätze** in der Pflege geschaffen. Damit hat der Pflegefonds auch starke volkswirtschaftliche und konjunkturelle Effekte.
Vor allem Frauen profitieren dabei: Einerseits werden pflegende Angehörige, die zu 80% Frauen sind, von der häuslichen Pflege entlastet, andererseits kommen die neu geschaffenen Arbeitsplätze wiederum 80% Frauen zugute.

Für Länder und Gemeinden

Der Pflegefonds schafft eine **Entlastung für Länder und Gemeinden** vom Kostendruck steigender Pflegeausgaben. Die Gelder des Pflegefonds werden **gemäß Bevölkerungsschlüssel an die Länder** überwiesen. Diese sind verpflichtet **Städte und Gemeinden** im entsprechenden Anteil der Pflegeaufwendungen (je nach Land unterschiedlich) zu beteiligen.

Pflegefondsmittel		2012	2013	2014	2015	2016
Österreich		150	200	235	300	350
Burgenland	3,39%	5,1	6,8	8,0	10,2	11,9
Kärnten	6,66%	10,0	13,3	15,7	20,0	23,3
Niederösterreich	19,19%	28,8	38,4	45,1	57,6	67,2
Oberösterreich	16,84%	25,3	33,7	39,6	50,5	58,9
Salzburg	6,33%	9,5	12,7	14,9	19,0	22,1
Steiermark	14,42%	21,6	28,8	33,9	43,2	50,5
Tirol	8,43%	12,7	16,9	19,8	25,3	29,5
Vorarlberg	4,40%	6,6	8,8	10,4	13,2	15,4
Wien	20,33%	30,5	40,7	47,8	61,0	71,2

Offensivmaßnahmen
Pflege

Strukturarbeitsgruppe bis Ende 2012

Der Pflegefonds bringt einen Einstieg in eine **transparente Mittelverwendung,** eine **Pflege-Dienstleistungsstatistik** und **Strukturpläne.** Damit können bald auch wesentlich bessere Daten zur künftigen Planung und zur weiteren Entwicklung im Sinne eines gleichwertigen österreichweiten Dienstleistungsangebotes, effizienter Prozessorganisation, und bedarfsgerechten Angebotsformen zugrunde gelegt werden.
Außerdem wurde eine **Strukturarbeitsgruppe** eingerichtet, mit dem Auftrag, Vorschläge für die Zukunft des Pflegesystems zu machen. Zentral dabei sind:

- **Harmonisierung** der unterschiedlichen Dienstleistungen Schaffung einheitlicher Leistungsdefinitionen, quantitative und qualitative Mindeststandards der Dienstleistungsangebote, sozial gerechte und harmonisierte Kostenbeiträge der Betroffenen, abgestufte Angebotsstrukturen mit der richtigen Steuerungswirkung mobil bis stationär

- **Pflege-Personalstrategie**
Rekrutierung von ausreichendem Pflegepersonal (Pensionierungen und Steigerungen), Harmonisierung bei Personaleinsatz, -schlüsseln, -qualifikation; abgestufte Berufsbilder, Einsatzbereiche/-kompetenzen und durchlässige Bildungsangebote

In dieser Arbeitsgruppe sind **Bund, Länder und Gemeinden unter Beiziehung aller Systempartner** (Sozialpartner, Seniorenorganisationen, Dienstleister, NGOs, etc.) vertreten. Ein **gemeinsamer Vorschlag** soll **Ende 2012** vorliegen.

Offensivmaßnahmen

Pflege

Bilanz **Pflege**

1. **Spitzenplatz im OECD-Vergleich** mit 5,2% Pflegegeldbeziehern

2. **Erhöhung des Pflegegelds** im Jahr 2009 um 120 Millionen Euro jährlich (größte Erhöhung seit Einführung)

3. **Bessere Einstufung** bei **Demenz** und von **schwerstbehinderten Kindern**

4. **Verkürzung Verfahrensdauer** auf unter 60 Tage (RH-Empfehlung)

5. **Sozialversicherungsrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger,** ab Stufe 3 Pensions- und Krankenversicherung durch Bund

6. **Qualitätssicherung in der häuslichen Pflege** durch Hausbesuche mit neuen Qualitätsindikatoren – 99% werden sehr gut oder gut gepflegt.

7. Einbeziehung von **Pflegepersonal bei Pflegegeld-Einstufung**

8. **Nachhaltige Finanzierungssicherung des Pflegegeldes** ohne Eingriff in bestehende Fälle (Loipersdorf)

9. Große Verwaltungsreform durch **Übernahme des Landespflegegeldes zum Bund,** bundesweit einheitlichen Einstufungsrichtlinien und schnellen Verfahren, schlanker Verwaltung, gebündelt bei 7 Trägern (RH-Empfehlung)

10. **Schaffung des Pflegefonds** zur Entlastung von Ländern und Gemeinden beim Ausbau der Pflege-Dienstleistungen, transparenter Mittelverteilung und Pflegedienstleistungs-Datenbank

Offensivmaßnahmen
Arbeitsmarkt

Im internationalen Vergleich sehr gute Krisenbewältigung

• **EU-weit** sind durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem 4.Quartal 2008 **4,1 Mio. Arbeitsplätze verloren gegangen,** in **Österreich** liegt die **Zahl der Arbeitsplätze** im 4. Quartal 2011 um +65.000 über dem 4.Quartal 2008.

• Die international vergleichbare Arbeitslosenquote lt. Eurostat liegt im Jahr 2011 in der EU bei 9,7% und damit um +2,5%-Punkte über dem Jahr 2007. In den USA hat sich die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt (von 4,6% auf 8,9%). Österreich verzeichnete bei einem Vergleich der Arbeitslosenquote vor der Krise – nach der Krise einen Rückgang von -0,2 %-Pkte. auf 4,2% im Jahr 2011.

• **Österreich ist** aktuell mit einer Arbeitslosenquote (lt. Eurostat) von 4,2% (-0,2 %-Punkte) weiterhin **das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit innerhalb der EU 27.** Österreich hält damit den zwölften Monat in Folge den 1. Platz innerhalb der EU 27 (10,2% und damit +0,7%-Punkte).

• Die **Jugendarbeitslosenquote** liegt **dank der Bemühungen von Bundesregierung und Betrieben** im Februar 2012 mit 8,3% (-0,6 %-Pkte) nach Deutschland **an zweitbester Stelle innerhalb der EU** (22,4%; +1,4 %-Pkte).

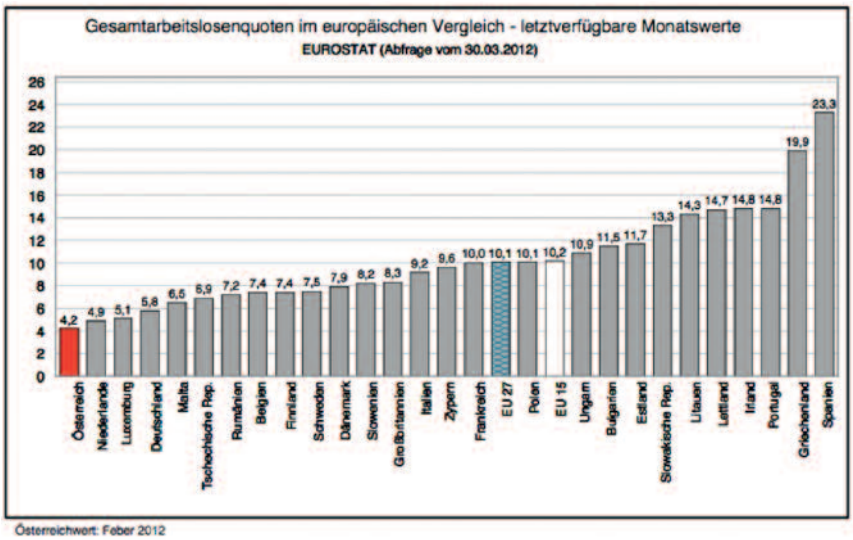
• Die **Beschäftigungsquote der Jugendlichen** (15-24 Jahre) **stieg** 2011 um +1,3 %-Punkte auf 54,9%. Im EU-Vergleich liegt Österreich nach den Niederlanden und Dänemark an dritter Stelle. Nur 9 Länder verzeichneten im Jahr 2011 innerhalb der Europäischen Union einen Anstieg der Jugendbeschäftigungsquote.

• Die **Arbeitsmarktöffnung für die östlichen EU-Länder hat** durch die gute Vorbereitung (schrittweise Öffnung, Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung) gut **funktioniert.** Die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten aus diesen Ländern tragen zur Reduktion des Budgetdefizits bei.

• Durch die Mindestsicherung kommen zusätzliche Menschen auf den Arbeitsmarkt. Seit September 2009 konnten **21.370 Mindestsicherungsbezieher/innen in Beschäftigung vermittelt** werden.

Offensivmaßnahmen Arbeitsmarkt

Insgesamt steht im Jahr **2012 rund 1 Milliarde Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik** zur Verfügung.



Arbeitsmarktoffensive zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters – Menschen länger im Erwerbsleben halten

Ältere, erfahrene ArbeitnehmerInnen sind für unsere Wirtschaft unverzichtbar, sie tragen substanziell zu Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung bei. Nicht der frühe Ausstieg ist zu organisieren, sondern der längere Verbleib im Erwerbsleben. Zentrale Herausforderungen dabei sind die Bewältigung der Auswirkungen der demographischen Entwicklung und der Gegensteuerung des zunehmenden Drucks am Arbeitsplatz in einer sich rasch verändernden Arbeitswelt.
Bis 2016 werden daher **zusätzlich € 750 Mio. investiert,** um Menschen länger im Erwerbsleben zu halten.

- Für **gesundheitlich beeinträchtigte Menschen** wird **bereits 2012** zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration das **4-wöchige Clearing** (Check 4 Chances) **ausgebaut,** um das individuelle Leistungskalkül mit den arbeitsmarktpolitischen Anforderungen und Möglichkeiten abzustimmen.

- Das breite Set der Arbeitsmarktpolitik wird für ältere und gesundheitlich eingeschränkte Menschen künftig auf **Qualifizierung und Beschäftigungsförderung** fokussiert.

- Der 2. Arbeitsmarkt, d.h. **geförderte Beschäftigung in sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungs-**

projekten, wird für die Bedürfnisse der Zielgruppe adaptiert und **ausgebaut.** Stufenweise **Arbeitsmarktintegration** soll **entsprechend den individuellen Bedürfnissen** ermöglicht werden.

• Zusätzlich werden vermehrt **Eingliederungsbeihilfen** älteren Arbeitslosen den **Wiedereinstieg in die Beschäftigung** erleichtern. Gleichzeitig sollen gesundheitlich eingeschränkte Menschen durch Qualifizierung neue Beschäftigungsperspektiven erhalten.

• Die **Kooperation** von Krankenkassen, Pensionsversicherung und Unfallversicherung mit dem Arbeitsmarktservice **soll ausgebaut werden,** um medizinische mit der beruflichen Reha stärker zu verknüpfen.

• Modelle werden entwickelt und forciert, um eine **nachhaltige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt** erreichen.

• Neue Kundengruppen **(Arbeitsmarktintegration statt Invaliditätspension)** verlangen nach neuen Instrumenten.

• Mit dem **Ausbau von fit2work** soll verstärkt auf **Prävention** gesetzt werden. Im Juli 2012 startet fit2work in Oberösterreich, Salzburg und Tirol und Anfang 2013 in den übrigen Bundesländern Burgenland, Kärnten und Vorarlberg. fit2work wird damit flächendeckend in ganz Österreich angeboten.

• Für **Einzelpersonen** steht ein **Casemanagement** zur Verfügung, bestehende **Angebote für Betriebe** werden durch betriebliches Eingliederungsmanagement ergänzt. Fit2work wird zudem durch eine Öffentlichkeitskampagne, die informieren und für das Thema sensibilisieren soll, begleitet.

Ziel ist, in den nächsten 4 Jahren **200.000 Personen durch dieses Gesamtprogramm zu unterstützen.**

Chancen für jeden Jugendlichen – Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen

Österreich ist europäisches und internationales Musterland in der Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche. Diese Woche informierte sich beispielsweise eine OECD Delegation über das österreichische Best Practice Beispiel in der Arbeitsmarktintegration Jugendlicher. Dennoch gehen in Österreich viel zu viele Jugendliche jedes Jahrgangs „verloren“, scheinen nirgendwo mehr auf oder beenden die Schule lediglich mit Schulbesuchsbestätigung und schlagen in Folge als jugendliche Hilfsarbeiter/innen eine unsichere Erwerbskarriere ein.

Offensivmaßnahmen Arbeitsmarkt

Daher dürfen wir nicht locker lassen und müssen die Ausbildungsgarantie weiterentwickeln. Seitens des BMASK wird in diesem Zusammenhang ein **Recht auf Ausbildung** bzw. eine **Ausbildungsverpflichtung angedacht.**

Dazu wird derzeit eine Reihe von Unterstützungsangeboten ausgebaut:

- Bereits seit Herbst 2011 existiert eine **Lehrstellenförderung** des BMWFJ in Kooperation mit dem BMASK

- 2012 erfolgt der Aufbau eines **Beratungs-und Betreuungsangebots für Betriebe und Lehrlinge zur Vermeidung von Drop-Outs** und der Absicherung des Ausbildungserfolges im Rahmen der betrieblichen Lehrstellenförderung **(Lehrlingscoaching)**.

- Darüber hinaus werden neue Ausbildungsleitfäden erstellt, die Qualität der Lehrabschlussprüfung substantiell erhöht sowie eine höhere Beteiligung an internationalen Lehrlingsaustauschprogrammen gewährleistet.

- **Jugendcoaching:** Um Early-School-Leaving zu vermeiden und eine reibungslose und nachhaltige Integration in ein weiterführendes (Aus-)Bildungssystem zu gewährleisten, wird seit Jahresbeginn 2012 über das Bundessozialamt und in enger Abstimmung mit dem BMUKK ein System der **Betreuung, Begleitung und Unterstützung von Schüler/innen im letzten Pflichtschuljahr** in Wien und der Steiermark aufgebaut. **Bereits mehr als 2.000 Schüler/innen profitieren** vom Jugendcoaching. Bis zum Beginn des kommenden Schuljahres wird das **Jugendcoaching in Wien und der Steiermark flächendeckend** zur Verfügung stehen. Der schrittweise Aufbau in **Salzburg und Oberösterreich** wird noch **2012** erfolgen.
Die übrigen Bundesländer werden 2013 folgen.

- Die **20 Produktionsschulen** bieten mehr als 2.000 Jugendlichen jährlich die Möglichkeit, von **wirklichkeitsnaher Berufsorientierung und -vorbereitung in betriebsnahen Strukturen** zu profitieren.
Die Produktionsschulen werden mit Kostenbeteiligung der Länder in das Regelprogramm des AMS integriert.

Offensivmaßnahmen
Wirtschaft

Thermische Sanierung – Altersgerechtes Wohnen: Förderung wird fortgesetzt: 2012–2016 - Jährlich 100 Mio. Euro

Es gibt 2 Millionen Gebäude in Österreich, davon sind rund. 880.000 Wohnungen aus 1945-1980 unsaniert

Ziele der Sanierung

- Anhebung der Sanierungsrate von 1 auf 3% bis 2020
- Konjunkturbelebung für die Bauwirtschaft
- Sicherung von Arbeitsplätzen und Erhöhung der regionalen Wertschöpfung
- Nachhaltige Senkung von Energieverbrauch und CO2-Emissionen
- Belebung der Stadtzentren und Ortskerne

Ergebnis der Förderung Thermische Sanierung 2011

- 860 Mio. Euro Investitionsvolumen (2009*: 670 Mio.)
  * 2010 keine Bundesförderung
- 17.500 Wohnungen/Häuser und 800 Betriebsgebäude thermisch saniert
- 4,4 Mio. Tonnen CO2 eingespart

3% Sanierungsrate nur gemeinsam mit Bundesländern erreichbar

- Zweckbindung der Wohnbauförderung der Länder
- Ausbau des Förderschwerpunktes Sanierung in der Wohnbau-förderung (2010: 850 Mio. Euro = 30% der Landesförderungen für Sanierung)
- EnergieeffizienzG: Ab 2016 zusätzlich 100 Mio. Euro für Thermische Sanierung

Altersgerechte Sanierung als Investition in die Zukunft

Demographische Entwicklung

Steigender Bedarf an altersgerechten Wohnungen:

Offensivmaßnahmen
Wirtschaft

Anteil der über 60-Jährigen 1950: 16% ; 2010: 23%; 2030: 33%
GfK-Studie zeigt Potential der altersgerechten Sanierung:
• Bestand Häuser/Wohnungen derzeit: 13% barrierefrei; 24% teilweise barrierefrei; 63% nicht barrierefrei

• 80% der Generation 40+ sind bereit zu investieren, um ihren Lebensabend zu Hause zu verbringen.

• Jeder zweite (51%) möchte bei Bedarf zu Hause gepflegt werden
• 41% planen eine seniorengerechte Adaptierung
• 19% bevorzugen eine Seniorenresidenz, 15% Pflegeheim, 14% Senioren-WG

Adaptierung zu Hause rechnet sich für Staat und Bürger

• Länderausgaben für Senioren- und Pflegeheime steigen

• Wohnbauförderung für altersgerechte Sanierung entlastet langfristig Budgets für Senioren- und Pflegeheime

• Umbaukosten amortisieren sich nach 1-2 Jahren Verbleib im Eigenheim.

(Quelle: Leitner-Studie)

Neue Anreize zur Sanierung

Mit 500 Mio. Euro Sanierungsförderung 2012 bis 2016 wollen wir:
• 4 Milliarden Euro Gesamtinvestitionen auslösen

• 100.000 Wohnungen und Häuser sanieren

Sanierungsförderung auf breitere Basis stellen:

Mit Förderaktionen 2009 und 2011 wurde bereits ein Großteil der Personen mit starkem thermischen Sanierungswunsch erreicht. Aber der Bedarf nach altersgerechten Wohnungen steigt

→ Daher neue zusätzliche Zielrichtung: **Altersgerechte Adaptierungen:** zB. Lifteinbau, Rampen, Verbreiterung von Türen, Toiletten, etc...

Offensivmaßnahmen
Wirtschaft

Konzept NEU:

• Bis 2013: Beibehaltung 100 Mio. Euro für rein Thermische Sanierung

• Ab 2014: Zusätzliche Förderkriterien für altersgerechte Sanierung

→ Dazu soll bis Juni 2013 von Wirtschafts- und Umweltministerium ein gemeinsamer Vorschlag für ein Förderkonzept ausgearbeitet werden.